



BASELBIETER FREISINN

Baselland	2/3/4/5/6/7/8/9	Wahlkampf-Mobilisierung	12/13	Unter Freisinnigen	16	Tag der FDP	21
Page romande	10	Drei Werte: Gemeinsinn	14/15	Erbschaftssteuerinitiative	17	Starker Standort Schweiz	22

4. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Baselland

Inhalt

Page romande

Evoluer dans une société libérale signifie aussi pouvoir choisir librement son mode de vie, de manière responsable et conforme aux règles de la communauté. Pour que ce choix soit possible également en matière de vie de famille et de vie professionnelle, il faut des conditions-cadres adaptées.

Page 10



Mobilisierung

Die kantonalen Wahlen haben es gezeigt: Die FDP kann mobilisieren! Doch erst recht jetzt dürfen wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Deshalb gilt: Engagieren Sie sich und tragen Sie mit uns zum Erfolg der FDP im Oktober bei!

Seite 13

Drei Werte: Gemeinsinn

Gemeinsinn ist ein urliberaler Wert. Ein Wert, den wir täglich leben: Gemeinsinn ist, was uns antreibt, uns freiwillig für die FDP zu engagieren! Gemeinsinn bewegt uns, in der Politik, im Verein oder in der Nachbarschaft mitzuhelfen.

Seiten 14/15

Der neue Freisinn

Geschätzte Freisinnige Sehr geehrte Damen und Herren

Die FDP ist wieder da! Wir haben es geschafft, uns neu zu positionieren. Der neue Freisinn tritt profiliert auf und nennt die Dinge beim Namen – dies nicht ohne differenzierte Einordnung und im Wissen um ein oft komplexes Umfeld. Wir produzieren keine Papiertiger, sondern beziehen klar Position und präsentieren Lösungen. In einer Zeit, in der Freiheit wieder verteidigt und zurückerkämpft werden muss, hat der moderne Freisinn seinen Platz. Wie viele Gesetze erträgt eine freiheitsliebende Gesellschaft? Welche Leistungen soll der Staat erbringen, und wie viel wollen wir uns den staatlichen Perfektionismus kosten lassen? Wie viele Personalressourcen

sind nötig, um die stets wachsende Bürokratie zu bewältigen? Diese und weitere Fragen beschäftigen uns auf allen Stufen. Um unsere Positionen einzubringen, braucht es profilierte und mutige Köpfe. Politikerinnen und Politiker, die bereit sind, zugunsten der Sache beherzt und mutig ihren Weg zu gehen.

Die FDP Baselland hat am 26. März eine starke Nationalratsliste zusammengestellt und ihren Ständeratskandidaten nominiert. Ich bin davon überzeugt, dass der zweite Nationalratssitz für die FDP Baselland in Reichweite liegt. Um dies zu erreichen, werden wir einen fokussierten, emotionalen und gleichzeitig faktisch unantastbaren Wahlkampf führen.

Auch die Rückeroberung des Ständeratssitzes in bürgerliche Hände ist

nicht unmöglich. Unsere beiden bürgerlichen Partner CVP und SVP haben an ihren Parteitag die Unterstützung unseres Ständeratskandidaten Christoph Buser zugesichert. Wir werden diese Unterstützung nutzen, um den einzigen Ständeratssitz im Kanton mit jemandem zu besetzen, der sich in Bern mit viel Kraft einsetzt und der Region Gehör verschaffen kann. Es zählen Taten und nicht Worte – das Baselbiet und seine Nachbarkantone stehen in den nächsten Jahren vor grossen Herausforderungen. Packen wir's an. Wir sind motiviert und werden mit Energie und Lebensfreude in diesen Wahlkampf ziehen.

**Herzliche Grüsse
Christine Frey,
Präsidentin FDP Baselland**



Die Nationalratskandidaten (von links): Rolf Richterich, Sven Inäbnit, Christoph Buser, Christine Frey, Daniela Schneeberger, Christof Hiltmann und Andreas Dürr

Die Kandidatinnen und Kandidaten für die Nationalratswahlen 2015 im Interview

Anlässlich ihres Nominationsparteitages am 26. März 2015 in Oberwil hat die FDP.Die Liberalen Baselland die Kandidatinnen und Kandidaten für die im Oktober anstehenden Nationalratswahlen nominiert. Die FDP Baselland ist überzeugt, dass mit dieser starken Nationalratsliste der angestrebte zweite Sitz in der Grossen Kammer in Reichweite ist. Im Interview verraten die sieben Kandidierenden, wieso ihr Herz für die FDP schlägt, was oder wer in ihrem Leben neben der Politik eine wichtige Rolle spielt, und vieles mehr.

Daniela Schneeberger



... (47) war von 1999 bis 2011 im Landrat (Landratspräsidentin 2004/2005) und ist seit Dezember 2011 Mitglied des Nationalrates. Sie ist Mitglied der Finanzkommission und der Staatspolitischen Kommission. Ebenso ist sie Mitglied der Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag. Gleichzeitig amtiert Schneeberger seit 2014 als Präsidentin der Treuhand Suisse (Schweiz. Treuhänderverband). Die selbständige Treuhänderin führt ihr eigenes Treuhandunternehmen. Sie lebt in Partnerschaft.

Wie lange sind Sie schon bei der FDP, und weshalb haben Sie sich für diese Partei entschieden?

Ich wurde natürlich von meinem liberalen Elternhaus sehr stark geprägt.

Im Falle eines politischen Engagements war für mich eigentlich immer klar, dass meine politische Heimat die Baselbieter FDP sein wird. Als liberale Partei garantiert sie ein breites Meinungsspektrum. Sie steht für Eigenverantwortung und ein freiheitliches Denken. Es soll nicht alles reglementiert werden. Der alte Grundsatz: weniger Staat, mehr Freiheit ist nach wie vor aktuell und gültig.

Gibt es neben der Politik noch eine andere Leidenschaft in Ihrem Leben?

Das ist eindeutig der Sport. Früher war ich eine aktive Turnerin und habe mich auch in der lokalen Damenriege und selbstverständlich auf Bezirksebene und im Kantonalverband in verschiedenen Funktionen für den Breitensport engagiert. Aufgrund meiner heutigen beruflichen und politischen Verpflichtungen fehlt mir leider die Zeit für ein ausgedehntes sportliches Engagement. Doch immer, wenn es meine Zeit erlaubt, bin ich zum Beispiel mit meinem Mountainbike in der freien Natur und geniesse diesen für mich sehr wichtigen körperlichen Ausgleich.

Was schätzen Ihre Freunde an Ihnen?

Eigentlich müssten Sie diese Frage meinen Freunden stellen. Ich könnte mir in aller Bescheidenheit aber vorstellen, dass meine Offenheit, meine Ehrlichkeit und meine Unkompliziertheit sicher wichtige Pluspunkte sind.

Wie halten Sie sich fit?

Wie bereits erwähnt, bin ich – immer, wenn es meine zeitlichen Möglichkeiten zulassen – mit dem Mountainbike unterwegs. Ich halte mich generell gerne in der freien Natur auf, dort kann ich auch mit Wandern oder Spaziergängen sowohl geistig als auch körperlich auftanken.

Was fasziniert Sie an der Politik?

Die Möglichkeit, etwas zu bewegen und zu gestalten. Das Netzwerk, das

sich einer aktiven Politikerin öffnet, und die Möglichkeit, sehr viele interessante Menschen kennenzulernen, sind natürlich sehr spannend und bereichernd. Grundsätzlich sind der Gesetzgebungsprozess und damit im Besonderen die Arbeit in den Kommissionen ausserordentlich interessant und lehrreich. Ich möchte diese Arbeit nicht missen. Vieles ist harte Knochenarbeit und geschieht nicht unbedingt auf der grossen Bühne und ist medial nicht wirksam.

In einem Satz: Warum sollte man Sie wählen?

Aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit und meiner Verankerung im Basbiet weiss ich, wo unsere Menschen und unsere KMU-Betriebe der Schuh drückt. Ich tue nicht nur bürgernah, sondern ich handle auch so und fühle mich als echte Volksvertreterin.

Im Falle Ihrer Wahl: Wie sähen Ihre Prioritäten aus?

Unsere Wirtschaft leidet immer noch unter zu grosser Regulierung. Der Abbau von administrativen Belastungen und Hürden muss mit aller Konsequenz weitergetrieben werden. Deshalb müssen wir auf der steuerlichen Ebene die Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen verbessern. Die Unternehmenssteuerreform III bietet die Möglichkeit, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu stärken. Ein grosses Thema der nächsten Jahre wird die Altersvorsorge sein. Sie muss im Sinne des Mittelstandes gesichert und auf eine bezahlbare, nachhaltige Weise ausgestaltet werden.

Christoph Buser



... ist seit 2007 Landrat und Vorstandsmitglied der FDP Füllinsdorf. Der studierte Ökonom führt seit Herbst 2012 die Wirtschaftskammer Baselland als deren Direktor. Christoph Buser ist verheiratet und Vater zweier Kinder.

Wie lange sind Sie schon bei der FDP, und weshalb haben Sie sich für diese Partei entschieden?

Ich bin seit acht Jahren Mitglied bei der FDP Baselland und habe mich für diese Partei entschieden, weil sie für ein Wertesystem einsteht, das auch meinen Überzeugungen entspricht. Die FDP setzt bei den für mich wichtigen Themen auf Lösungen, die auf Eigeninitiative, Selbstverantwortung, Marktwirtschaft und der Stärkung der direkten Demokratie basieren. Angesichts der derzeitigen Entwicklung, die immer mehr in Richtung Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger durch Staat und Behörden geht, ist es mir besonders wichtig, das liberale Element in unserem Staat zu stärken.

Gibt es neben der Politik noch eine andere Leidenschaft in Ihrem Leben?

Ich bin verheiratet und Vater von zwei Kindern. Die nicht im Übermass vorhandene Freizeit verbringe ich gerne mit ihnen. In Sachen Hobbys war ich früher leidenschaftlicher Unihockeyspieler. Unter anderem spielte ich fast zehn Jahre in der Nationalmannschaft. Dort habe ich unter anderem gelernt,

wie wichtig der persönliche Einsatz, die Disziplin, vor allem aber auch Fairplay im Umgang mit dem Gegner sind. Heute komme ich weniger dazu, selbst aktiv Sport zu treiben. Interessiert bin ich aber natürlich nach wie vor.

Was schätzen Ihre Freunde an Ihnen?

Diese Frage müssten meine Freunde beantworten. Was ich selbst an meinen Freunden schätze, ist Direktheit. Ich schätze es, wenn die Menschen offen und ehrlich sagen, was sie denken. Darum tue ich dies selbst auch.

Wie halten Sie sich fit?

Wie gesagt: Früher war ich in meiner Freizeit überaus häufig auf dem Unihockeyfeld aktiv. Heute halte ich mich vor allem mit Jogging fit.

Was fasziniert Sie an der Politik?

In der Politik – insbesondere in unserem Land – geht es darum, immer wieder Mehrheiten für Sachgeschäfte zu erarbeiten. Darum kommt es öfter vor, dass man am Morgen ein Projekt eines politischen Gegners bekämpft und mit ihm am Nachmittag bei einem anderen Projekt zusammenarbeitet. Es geht also darum, Menschen mit Argumenten zu überzeugen. Es geht darum, gemeinsam etwas zu erreichen und dazu beizutragen, die Rahmen- und Lebensbedingungen stetig zu verbessern. All dies fasziniert mich.

In einem Satz: Warum sollte man Sie wählen?

Aufgrund meiner Erfahrung und des weitreichenden persönlichen, beruflichen und politischen Netzwerks könnte ich den Kanton Basel-Landschaft in Bundesbern ausgezeichnet vertreten und dort dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für unseren Kanton – Verkehrs- und Energieinfrastruktur, Förderung des Wirtschafts-, Bildungs- und Innovationsstandorts – erheblich zu verbessern.

Im Falle Ihrer Wahl: Wie sähen Ihre Prioritäten aus?

Meine erste Priorität wäre die gleiche, die bereits jetzt zuoberst auf meiner Liste ist: Es ist die Stärkung des Kantons Basel-Landschaft und der Region. Zudem würde ich mich für eine Ver-

besserung der wirtschaftlichen Standortfaktoren im Baselbiet, der Region und der ganzen Schweiz einsetzen.

Andreas Dürr



... (52) ist seit 2012 Landrat. Er ist selbständiger Anwalt, Notar und Mediator SAV und Partner einer Wirtschaftskanzlei in Basel. Er wohnt in Biel-Benken und ist Vater von drei Kindern (21, 19 und 16).

Wie lange sind Sie schon bei der FDP, und weshalb haben Sie sich für diese Partei entschieden?

Seit ca. 1980. So genau weiss ich das nicht mehr. Ich war jedenfalls schon in den 80er-Jahren Präsident der Jungfreisinnigen BL. Am Freisinn gefällt mir die grundsätzliche Einstellung zu Aufgabe und Verständnis des Staates sowie zur Freiheit und Eigenverantwortung des Bürgers.

Gibt es neben der Politik noch eine andere Leidenschaft in Ihrem Leben?

Ja, gutes Essen und Trinken (mit Blick auf die Linie: leider). Ausserdem reise ich sehr gerne.

Was schätzen Ihre Freunde an Ihnen?

Das müssten Sie diese schon selbst fragen. Vielleicht meine Offenheit und meine Verlässlichkeit? Ich versuche jedenfalls, für sie da zu sein, und glaube, dass man mit mir zu jeder Zeit über alles reden kann.

Wie halten Sie sich fit?

Ich spiele sehr gerne Tennis. Aber ansonsten hinke ich der Umsetzung meiner guten Vorsätze hinterher.

Was fasziniert Sie an der Politik?

Unser Zusammenleben aktiv mitzugestalten und (wenigstens etwas) Einfluss nehmen zu können.

In einem Satz: Warum sollte man Sie wählen?

Ich stehe für das freisinnige Gedankengut ein, und aufgrund meiner beruflichen und politischen Erfahrung erkenne ich Zusammenhänge, weiss mich mit Lösungen einzubringen und kann Positionen durchsetzen.

Im Falle Ihrer Wahl: Wie sähen Ihre Prioritäten aus?

Meine Prioritäten wären: Besinnung auf die Kernaufgaben des Staates, Abbau von Hindernissen für die Wirtschaft, Förderung von Kreativität und Unternehmergeist. Kurzum: Senkung der Staatsquote und Stärkung der Eigenverantwortung.

Christine Frey



... (48) amtiert seit 2012 als Gemeinderätin in Münchenstein und wurde im Frühling zur Landrätin gewählt. Daneben arbeitet sie als Kommunikationsleiterin im Kantonsspital Baselland. Christine Frey ist Mutter von zwei Kindern (17 und 15).

Wie lange sind Sie schon bei der FDP, und weshalb haben Sie sich für diese Partei entschieden?

Die freisinnigen Werte decken sich mit meinen eigenen. Das war auch der Grund, weshalb ich 2005 der FDP beigetreten bin.

Gibt es neben der Politik noch eine andere Leidenschaft in Ihrem Leben?

Ich schaffe mir einen Ausgleich zur kopflastigen Politik, indem ich leidenschaftliche Heimwerkerin bin. Möbel zusammenschrauben oder Lampen montieren entspannen mich.

Was schätzen Ihre Freunde an Ihnen?

Auf Nachfrage werden mir Attribute wie Humor, Hilfsbereitschaft und Spontaneität zugesprochen. Freundschaften bedeuten mir viel, und ich investiere Zeit und Herzblut in diese Beziehungen.

Wie halten Sie sich fit?

Mein geistiger Fitnesstrainer ist die Themenvielfalt in der Politik, die Schnelligkeit im Denken und Flexibilität abverlangt. Meine körperliche Fitness erlange ich durch Joggen durch Feld und Wald.

Was fasziniert Sie an der Politik?

Die Themenvielfalt und das Mitwirken im Zusammenspiel verschiedenster Gremien – auch über die Parteigrenze hinaus – faszinieren mich. Ich empfinde es als Befriedigung, meine freisinnigen Werte auf allen Stufen einzubringen und die FDP als wichtigen Player in der Politiklandschaft zu stärken. Dabei sind die Rückschläge wichtige Lehrmeister, und Erfolge motivieren, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Die vielen Begegnungen mit unterschiedlichsten Charakteren erweitern den eigenen Horizont, und manchmal ergeben sich sogar Freundschaften.

In einem Satz: Warum sollte man Sie wählen?

Meine FDP-Lehrjahre haben aus mir eine Politikerin geformt, die neben Durchhaltewille, Überzeugungskraft und Ideenreichtum auch über ein hervorragendes Netzwerk verfügt.

Im Falle Ihrer Wahl: Wie sähen Ihre Prioritäten aus?

Schnelles Einarbeiten in die Dossiers ist ein Muss. Daneben muss die Vernetzung auf eidgenössischer Ebene gepflegt und erweitert werden, denn die Anliegen und Interessen des Basellands können nur Gehör finden, wenn

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

kantonübergreifende Kräfte zusammenarbeiten.

Christof Hiltmann



... (43) ist seit 2011 Landrat. Er wurde 2010 in den Gemeinderat von Birsfelden gewählt, den er seit 2013 präsidiert. Der Ökonom (lic. rer. pol.) ist bei der Syngenta Crop Protection AG als Projektleiter in der Unternehmensentwicklung tätig. Christof Hiltmann ist verheiratet und Vater einer Tochter (2).

Wie lange sind Sie schon bei der FDP, und weshalb haben Sie sich für diese Partei entschieden?

Als Spätzünder bin ich erst 2009 zur FDP gestossen. Ich war jedoch schon zuvor Sympathisant der Freisinnigen. Die Partei kommt meinen Wertvorstellungen am nächsten.

Gibt es neben der Politik noch eine andere Leidenschaft in Ihrem Leben?
Ich reise sehr gerne. Daneben geniesse ich es, für Familie und Freunde zu kochen sowie Fussball zu spielen und schauen.

Was schätzen Ihre Freunde an Ihnen?

Ich behaupte einfach mal, dass sie mich als loyal und vertrauenswürdig beschreiben würden. Da ich auch dem einen oder anderen Witz nicht abgeneigt bin, verzeihen sie mir auch meine Passion für politische Diskussionen.

Wie halten Sie sich fit?

Mit fast täglichem Velofahren und gelegentlichem Fussballspielen.

Was fasziniert Sie an der Politik?

Ich empfinde es als Privileg, bei der Weiterentwicklung der Gemeinde, des Kantons oder der Schweiz aktiv mitwirken zu können.

In einem Satz: Warum sollte man Sie wählen?

Weil Sie mit mir einen Freisinnigen wählen, der mit seiner Erfahrung aus Gemeindeexekutive, Kantonslegislative und Beruf weiss, wo die Baselbieter und Schweizer Bevölkerung respektive Wirtschaft der Schuh drückt.

Im Falle Ihrer Wahl: Wie sähen Ihre Prioritäten aus?

Ich setze mich für wirtschafts- und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen, sprich moderate Steuern, sowie effektive, wettbewerbsfördernde Gesetze(revisionen) ein. Ich stehe für freien Handel, welcher über bilaterale Verträge mit anderen Staaten selbstbewusst formalisiert werden soll. Ich kämpfe gegen Haltungen, welche die Sozialwerke romantisieren und den Blick für notwendige Reformen verschliessen. Ich opponiere gegen den Ausbau der Staatsaktivitäten in Bereichen, wo heute schon Wettbewerb besteht. Und ich mache mich für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur – besonders in unserer Region – stark.

Sven Inäbnit



... (51) ist seit August 2013 Landrat und seit 2009 Einwohnerrat in Binningen. Der promovierte Pharmazeut mit MBA ist Mitglied der Geschäftsleitung in einer schweizerischen Pharmaunternehmung. Er ist verheiratet und Vater zweier Kinder (13 und 16).

Wie lange sind Sie schon bei der FDP, und weshalb haben Sie sich für diese Partei entschieden?

Ich bin seit 2006 Mitglied und definitiv nur kompatibel mit dem freisinnigen liberalen Original.

Gibt es neben der Politik noch eine andere Leidenschaft in Ihrem Leben?
Reisen auf eigene Faust in fremden Ländern.

Was schätzen Ihre Freunde an Ihnen?

Meine Ehrlichkeit, Offenheit und Vielseitigkeit sowie den Fels in der Brandung bei Krisen und Sturm.

Wie halten Sie sich fit?

Mein Umfeld hält mich auf Trab – Tag für Tag.

Was fasziniert Sie an der Politik?

Dass man mehr bewegen kann, als man gemeinhin glaubt.

In einem Satz: Warum sollte man Sie wählen?

Wirtschaftskompetenz nach Bern!

Im Falle Ihrer Wahl: Wie sähen Ihre Prioritäten aus?

Glaubhafte und effektive Vertretung der regionalen Interessen in Infrastruktur, Bildung und Arbeitspolitik; effiziente und bezahlbare Gesundheitsversorgung; Bürokratieabbau und Steuerentlastungen.

Rolf Richterich



... (48) war Gemeinderat in Laufen, politisiert seit 2003 im Landrat, davon vier Jahre als Präsident der Bau- und

Planungskommission und seit 2011 als Fraktionspräsident. Der Bauingenieur ETH SIA führt als Unternehmer ein Schwimmbadgeschäft. Rolf Richterich ist verheiratet und Vater eines Sohnes.

Wie lange sind Sie schon bei der FDP, und weshalb haben Sie sich für diese Partei entschieden?

Die FDP ist seit Jugendzeiten meine politische Heimat, ohne Wenn und Aber.

Gibt es neben der Politik noch eine andere Leidenschaft in Ihrem Leben?
Meine Familie erdet mich.

Was schätzen Ihre Freunde an Ihnen?

Mit meinen Freunden verbindet mich die Auffassung vom selbstbestimmten Leben mit allen seinen Schattierungen.

Wie halten Sie sich fit?

Meinen Jungbrunnen bilden Gartenarbeiten und alle möglichen Kinderspiele.

Was fasziniert Sie an der Politik?

Unsere Staatsform bietet enorme Gestaltungsmöglichkeiten für alle Lebensbereiche.

In einem Satz: Warum sollte man Sie wählen?

Im Nationalrat sind Ingenieure und Unternehmer dringend nötig.

Im Falle Ihrer Wahl: Wie sähen Ihre Prioritäten aus?

Mein Engagement gilt den liberalen Anliegen des zweitgrössten Wirtschaftsraums der Schweiz.

FDP Baselland fasst die Abstimmungsparolen für den 14. Juni 2015

Parteitag empfiehlt 4-mal Nein und 2-mal Ja

Christine Frey,
Präsidentin FDP Baselland

Vier nationale und zwei kantonale Vorlagen standen am Parteitag der Baselbieter FDP am Donnerstagabend, 7. Mai 2015, in Waldenburg zur Diskussion. Die Delegierten fassten die Nein-Parole zur Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen, zur «Stipendieninitiative», zur Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)» und zur Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte. Weiter wurde die Ja-Parole gefasst zum Bundesbeschluss über die Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich sowie zur formulierten Verfassungsinitiative «Für eine wirkungsvolle Kooperation in der Region (Regio-Kooperationsinitiative)».

Nationalrätin Daniela Schneeberger stellte den Delegierten die Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen vor. Als Mitglied des Referendumskomitees hat sie sich klar gegen die Gesetzesrevision ausgesprochen und den Delegierten die Nein-Parole beantragt. Landrat Andreas Dürr, Vizepräsident der SRG Region Basel, machte sich im Gegensatz zu Schneeberger für die Ja-Parole stark. Das RTVG stehe für eine moderne Medienabgabe, weniger Bürokratie, mehr Fairness und weniger Gebühren. Er vermochte die Delegierten mit seinen Argumenten allerdings nicht zu überzeugen. Diese folgten dem Antrag von Schneeberger und beschlossen grossmehrheitlich die Nein-Parole.

Landrat Sven Inäbitt erläuterte den Delegierten den Bundesbeschluss über die Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich. Die FDP Baselland folgte seiner Empfehlung und schloss sich damit der Parolenfassung der FDP Schweiz an; die Delegierten sprachen sich grossmehrheitlich für die in ihren

Augen ausgewogene und zeitgemässe Vorlage aus.

Eine weitere eidgenössische Vorlage wurde von Landrat Andreas Dürr präsentiert. Er machte deutlich, dass eine Annahme der «Stipendieninitiative» mit weitreichenden finanziellen Folgen verbunden wäre. Es handle sich um eine unnötige Zentralisierung, welche die aufgegleiste Harmo-

nisierung in diesem Bereich verzögere. Entsprechend beantragte Dürr den Delegierten, die Nein-Parole zu beschliessen. Diese folgten dem Antrag und beschlossen einstimmig die Nein-Parole.

Landrat Christoph Buser machte sich stark für ein Nein zur Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)». Die Initiative bedrohe Familienunternehmen und entmächte die Kantone, indem sie in deren Steuerhoheit eingreife. Der bewährte Föderalismus werde mit dieser wirtschaftsfeindlichen Initiative ausgehebelt. Auch die Delegierten waren der Ansicht, dass die Einführung einer neuen Bundessteuer, welche die Existenz von KMUs bedrohe, abzulehnen sei. Sie beschliessen deshalb mit einer Ausnahme die Nein-Parole.

Neben den vier nationalen Vorlagen hat das Baselbieter Stimmvolk am 14. Juni 2015 über zwei kantonale Vorlagen zu befinden. Die von Landrat Christof Hiltmann vorgestellte formulierte Verfassungsinitiative «Für eine wirkungsvolle Kooperation in der Region (Regio-Kooperationsinitiative)» wurde von den Delegierten klar begrüsst. Sie fassten ohne Gegenstimmen die Ja-Parole zu der von alt Nationalrat Hans Rudolf Gysin initiierten Volksinitiative. Landrat und Fraktionspräsident Rolf Richterich stellte den Delegierten zu guter Letzt die Vorlage zur Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (VOTE ELECTRONIQUE) vor. Er konnte die Delegierten mit seinem Argument, dass es kein Gesetz auf Vorrat brauche, überzeugen. Eine deutliche Mehrheit sprach sich für die Nein-Parole aus.

Familienbetriebe gefährden?



Erbschaftssteuer

NEIN

«Baselbieter Unternehmer- und Hauseigentümer-Komitee gegen die Erbschaftssteuer», Postfach 633, 4410 Liestal kampagne@iwf.ch

Energiewende à la Deutschland und ihre Auswirkungen auf die Schweiz

Studienreise der Energiedirektorenkonferenz nach Leipzig und Berlin

Sabine Pegoraro,
Regierungsrätin,
Vorsteherin Bau- und
Umweltschutzdirektion

Eine Studienreise der kantonalen Energiedirektoren und des Bundesamtes für Energie nach Leipzig und Berlin, an der ich teilnehmen konnte, hat viel Interessantes und Neues hervorgebracht. Deutschland ist bislang das einzige europäische Land, welches nach Fukushima radikal die Energiewende hin zu den erneuerbaren Energien beschloss, sich auf den Weg der Umsetzung begeben hat, und welches gleichzeitig seine Kernkraftwerke vom Netz nimmt



Sabine Pegoraro

oder schon genommen hat. Dieser Schritt wurde begleitet von einem massiven Ausbau des Energiemixes mit den sogenannten neuen Erneuerbaren, d.h. vor allem die extensive Förderung von grossen Windkraftparks auf dem Land oder offshore, von grossen Solarenergiekraftwerken wie auch von privaten Photovoltaik-Anlagen. Der Preiszerfall bei den Solarpanels war eine Folge davon.

Nun gerät dieser Weg der Umsetzung offensichtlich immer mehr ausser Kontrolle, weil einerseits die Subventionskosten davonlaufen und andererseits eine Überkapazität auf dem Strommarkt entstanden ist. Diese Überkapazität ist zudem keine Bandenergie; sondern stammt grösstenteils aus der nichtplanbaren Sonnen- und Windenergie. Sprach man in Deutschland am Anfang noch von Kosten für die Anschubfinanzierungen von 700 Millionen Euro im Jahr, sind es heute rund 23 Milliarden Euro pro Jahr! Oder anders ausgedrückt: 63 Mio. Euro pro Tag, 2,62 Mio. Euro pro Stunde oder 43 750 Euro pro Minute, wie uns Hans Schweickardt, VR-Präsident der Alpiq und Mitbegründer der Strommarktbörse EEX in Leipzig,

vorrechnete. Laut Schweickardt geniessen die neuen Erneuerbaren den Einspeisevorrang zu Grenzkosten null, weil sie ja subventioniert werden und so auf ihre Rentabilität kommen. Auf der anderen Seite ist unsere Wasserkraft die Leidtragende, weil wegen der Überproduktion von Sonnen- und Windenergie in Deutschland die Nachfrage nach Leistungen aus den Pumpspeicherkraftwerken zur Deckung der Mittagsspitze – zu dieser Zeit scheint die Sonne am meisten – eingebrochen ist. Der Markt in Deutschland wird durch die Subventionen extrem verzerrt, was zu einem Preiszerfall führte. Heute wird der Strom an der Strombörse EEX zu Fr. 32.–/MWh gehandelt, gegenüber den früheren Fr. 50.– bis 70.–/MWh für Grundlast und Spitzenlast, welche auch aus den Schweizer Speicherkraftwerken stammte. Zum Vergleich: Laut BFE lag 2014 der durchschnittliche Exporterlös für Strom bei 5,32 Rp./kWh. Die Gestehungskosten für Strom aus Schweizer Wasserkraft betragen ca. 6 Rp./kWh.

Bei den Besuchen im Bundeswirtschaftsministerium und in der Bundesnetzagentur in Berlin wurde uns

vielfach versichert, dass es nun gelte, die Probleme mit den Überkapazitäten, der Versorgungssicherheit und dem Preiszerfall in den Griff zu bekommen. Das gehe nur mit einer flächendeckenden europäischen Koordination, und hier müsse die Schweiz unbedingt dabei sein. Flexibilität und mehr Markt lauten die neuen Zauberworte. Richtig, war mein erster Gedanke. Ich habe mir dann allerdings die Frage gestellt, weshalb Deutschland sich nicht schon früher um diese grenzübergreifende Koordination bemüht hat. Stattdessen hat es seine Energiewende ohne Absprache mit den übrigen europäischen Ländern vorangetrieben und neben-

bei den Schweizer Strommarkt arg in Bedrängnis gebracht. Wir in der Schweiz haben es allerdings nachgemacht und versuchen jetzt krampfhaft eine Autonomie zu erreichen, die technisch und politisch gar nicht möglich ist. Die europäische Koordination ist somit ein absolutes Muss.

Noch ein paar interessante Fakten: Weil man erkannt hat, dass mit den neuen Erneuerbaren allein eine ausreichende Versorgungssicherheit nicht erreicht werden kann, wird nun auf den Einsatz von Reserve-Kraftwerken im Inland gesetzt; gemeint sind dabei die fossilen Kraftwerke, die eine stabile und planbare Bandenergie liefern. Die deutschen Gas- und Kohlekraftwerke, welche man eigentlich stilllegen wollte, sollen also auf Reserve weiterbetrieben werden, so dass sie Vorhalte-Bandenergie bereitstellen können. Auf eine scheue Frage aus unseren Reihen, ob die Schweizer Wasserkraftwerke hier ebenfalls ihre Leistungen anbieten könnten, haben sich unsere deutschen Gastgeber eher gewunden und auf den einheimischen Markt verwiesen. Soviel zum Thema Marktöffnung und europäische Koordination.

Das deutsche Stromnetz ist stark regional strukturiert und weist rund 450 Netzknoten auf, und geplant sind der Zu- und Ausbau von rund 5800 Stromnetz-Kilometern! Beim Schweizer Stromnetz spricht man von einem Zehntel davon.

Auf der Fahrt von Leipzig nach Berlin mussten wir wegen überlasteter und gesperrter Autobahnen die Überlandstrassen durch das ehemalige DDR-Gebiet benutzen. Auffallend waren hier die vielen grossen Wind- und Solarenergieanlagen im weitläufigen Landwirtschaftsgebiet. Dafür waren vor allem kleine Dörfer nahezu entvölkert, offenbar sind durch die wesentlich höhere Arbeitslosigkeit im Osten viele jüngere Bewohner in den Westen abgewandert. Die von der ehemaligen DDR stark subventionierte und heute nicht mehr rentable Landwirtschaft wird nun also für die neuen Erneuerbaren genutzt.

Was sind die Erkenntnisse aus unseren Begegnungen? Selbstverständlich braucht es diese Flexibilisierung und die europäische Koordination des Strommarktes dringend, und selbstverständlich muss die Schweiz ein Teil davon sein, sie muss eingebunden werden. Strom kennt keine Grenzen, und Hans Schweickardt hat es richtig gesagt: Elektrisch gehört die Schweiz zur EU. Wir müssen also alles daransetzen, dass die Weiterentwicklung des europäischen Strommarktes mit der Schweiz geschieht und dass wir bei der bevorstehenden Marktkoppelung mindestens den Fuss in die Türe bekommen. Und schlussendlich führt kein Weg am Abschluss des bilateralen Stromabkommens mit der EU vorbei. Dieses Abkommen ist meines Erachtens eines der wichtigsten für die nachhaltige Entwicklung der Schweiz, und der Bundesrat muss alle Kräfte mobilisieren, um den gordischen Knoten in den Verhandlungen mit der EU durchzuschlagen.

Mehr Freiheit, weniger Staat!

Daniela Schneeberger,
Nationalrätin

Wer die Bundesstatistik zur Hand nimmt und die Entwicklung der letzten Jahre aufmerksam studiert, stellt schnell fest, dass in unserem Land etwas schief läuft: Die öffentlichen Haushalte auf allen drei Ebenen (Gemeinde, Kanton und Bund) wachsen immer weiter. So generierte das gesamte schweizerische Staatswesen (inklusive Sozialversicherungen) im Jahr 2013 insgesamt Einnahmen von 205 Milliarden Franken. Das entspricht einem Drittel der gesamten schweizerischen Wirtschaftsleistung. Unweigerlich fragt man sich: Erbringt die öffentliche Hand damit wirklich nur subsidiäre Leistungen, die Private und die Wirtschaft nicht erbringen können, oder werden von Bund, Kantonen und Gemeinden letztlich nicht auch Aufgaben erfüllt, für die sie eigentlich gar nicht zuständig und verantwortlich sind?

Tatsache ist, dass in den letzten Jahrzehnten die Staatsaufgaben immer umfassender und komplexer geworden sind. Dieser Aufgaben- und damit zwangsläufig auch der Kostenzuwachs erfolgte stets unter dem Stichwort «Professionalisierung». Ein aktuelles Beispiel ist der Bereich «Kinder- + Jugendschutz» (KESB). Mittlerweile wird uns die Fehlentwicklung in diesem Bereich schmerzhaft vor Augen geführt, und wir müssen diese «Professionalisierung» schleunigst wieder korrigieren. Aus diesem Grunde engagiere ich mich vehement dafür, dass das früher bewährte Milizsystem wieder gestärkt wird. Es braucht auch hier dringend wieder Bürgernähe, das heisst gesunden Menschenverstand und in jeder Hinsicht verhältnismässige Lösungen.

Das schier ungebremste Wachstum staatlicher Tätigkeiten offenbart sich im Besonderen bei den Beschäftigtenzahlen in den öffentlichen Verwaltungen. Laut Bundesstatistik gab es in den vergangenen vier Jahren pro Monat 523 neue «Angestellte der Schweiz», das sind zusammengerechnet 25 100

neue Stellen in nur gerade vier Jahren. Damit beschäftigt die Schweiz 183 300 Personen, drei Mal so viele Mitarbeiter wie der grösste Arbeitgeber im Inland, die Migros, mit 64 000 Mitarbeitenden. Wohlgemerkt: In diesen Zahlen sind Lehrer oder Ärzte, die auch im öffentlichen Dienst stehen, noch nicht eingerechnet.

Man könnte nun der Meinung sein, dass sich «Vater Staat» mit dieser jährlichen Vermehrung seiner Staatsangestellten damit auch viel besser und wirkungsvoller um die Bedürfnisse und Anliegen seiner Bürgerinnen und Bürger kümmern könnte. Dies ist aber ein kolossaler Trugschluss. Das Gegenteil ist der Fall. Der Staat wird immer komplizierter und damit zwangsläufig auch anonymer und weniger dienstleistungsorientiert. Aus meiner Sicht ist diese Entwicklung grundsätzlich falsch.

Wir bewegen uns immer weiter weg

vom Subsidiaritäts-Prinzip – gemäss diesem richtigen Prinzip soll der Staat nur das machen, was die Unternehmen und Bürger wieder vermehrt zur Eigenverantwortung zu bringen und auch den Gemeinsinn zu stärken, entmündigen wir sie mit dem ausufernden Staat immer mehr. Ganz zu schweigen von den explodierenden Kosten. Das jüngst vermeldete Baselbieter Defizit 2014 ist ein Ausdruck dieser Fehlentwicklung.

Je mehr Aufgaben der Staat in dieser unheilvollen Dynamik übernimmt, desto mehr wird auch das unheilsame Anspruchsdenken gefördert. Oft wird der falsche Eindruck erweckt, das Heil des Bürgers liege offenbar beim Staat, und nur er könne bald sämtliche Probleme lösen. Es vergeht kaum ein Tag mit der medialen Headline: «Wann handelt der Bundesrat?». Wir befinden uns auf dem Weg zum Versorgerstaat

und sind bald nicht mehr fähig, uns gegen diesen gefährlichen Automatismus zu wehren. Ich meine, wir Liberalen müssen Gegensteuer geben. Wir sind mehr gefordert denn je.

Als Treuhänderin sehe ich die negativen Auswüchse des stetig wachsenden und vermeintlich immer professioneller agierenden Staates auch direkt bei meinen Kundinnen und Kunden: Das Schlagwort «Bürokratie» wird direkt erleb- und spürbar, wenn man bei einer KMU die überbordende Formularflut sieht, die es zu erledigen gibt. Jüngstes Beispiel ist die eingeschränkte Revision: Bislang reichte bei kleinen KMU eine vereinfachte Revision ihrer Jahresrechnung völlig aus. Dies erleichterte die Arbeit der Firma und auch der Behörde und hielt bei beiden den Aufwand in einem vernünftigen Rahmen. Für beide Seiten eine klassische Win-win-Situation, sollte man meinen. Doch weit gefehlt, neu soll diese Revision vollständig und umfassend wie bei einem grossen Betrieb erfolgen. Natürlich ist dies detaillierter, genauer und eben «professioneller» – aber auch die Kosten sind damit viel höher – sowohl für den Betrieb als auch für die überprüfende Behörde. Mit dieser neuen Anforderung, die behördlich einfach via Rundschreiben eingeführt wurde, entstehen in unserem Land zusätzliche Kosten in Milliardenhöhe, aber praktisch kein Zusatznutzen und schon gar kein Mehrwert.

Unser Land befindet sich in einer regelrechten Regulierungsspirale. Der Staat wächst und wächst. Die Kosten der öffentlichen Haushalte steigen und steigen. Immer mehr Gemeinwesen kämpfen mittlerweile mit happigen strukturellen Defiziten. Ich frage mich, wie lange wir uns diese Entwicklung tatsächlich noch zumuten wollen. Wie bereits erwähnt: Wir müssen raschmöglichst Gegensteuer geben. Doch zuerst müssen wir alle unsere Haltung radikal hinterfragen und überdenken. Wir Freisinnigen hatten einst einen wohlgedachten Slogan – er ist heute aktueller denn je: mehr Freiheit, weniger Staat!



Daniela Schneeberger

... und ausserdem – der Spaltenfüller

Lasst hören aus alter Zeit

Die Burgruine oberhalb von Pfeffingen wird seit längerer Zeit renoviert. Die Arbeiten werden von der Kantonsarchäologie durchgeführt, welche diese Tage die Medien eingeladen hat, über den Stand der Arbeiten und auch über neue Erkenntnisse zu berichten. Zu Letzteren gehört etwa, dass die Trutzburg zu Zeiten der Grafen von Thierstein im 14. Jahrhundert weit häufiger als bisher bekannt in kriegerische Auseinandersetzungen mit dem Bischof von Basel verwickelt war. Dies belegen zahlreiche Funde von metallenen Pfeilspitzen und Armbrustbolzen. Prompt fragte deshalb einer der Zeitungsschreiber, offenbar inspiriert von den durch linke Historiker und rechte Politiker neu vom Zaun gebrochenen Diskussionen um die Schlachten der Eidgenossen am Morgarten oder bei Marignano, ob das schon damals eine Art Auseinandersetzung zwischen den

beiden Basel gewesen sei. Milde über diese seltsame Frage lächelnd erklärte der Vertreter der Kantonsarchäologie der medialen Wundernase, dass damals alles ganz anders gewesen sei. Und er erwähnte nicht einmal, dass es ja etwas später in der Stadt eine Reformation mit deutlichen Auswirkungen auf das Bistum Basel gegeben habe und das Baselbiet überhaupt erst 1833 entstanden sei – also fast ein halbes Jahrtausend später ...

Wahlen bewegen

Die alte Schauermär der Stammtische, dass Wahlen nichts veränderten und nichts brächten, hat man im Baselbiet in letzter Zeit nicht mehr so oft gehört. Dies wohl nicht zuletzt deshalb, weil auch heute noch die Nachbeben zu den Regierungsrats- und Landratswahlen da und dort massiv zu spüren sind und praktisch bereits nahtlos in die «Vorbeben» zu den Nationalrats- und Stän-

deratswahlen vom Oktober übergegangen sind ...

Die Krux mit fragwürdigen Volksinitiativen

Volksbegehren unterliegen im Baselbiet der Gültigkeitsprüfung durch den Landrat (mit Beschwerdemöglichkeit an das Verfassungsgericht). Die Prüfung erfolgt, salopp gesagt, nach dem Grundsatz «Im Zweifel für das Volk», was bedeutet, dass Initiativen nur dann als ungültig erklärt werden, wenn man sie auch beim besten Willen nicht für gültig erklären kann. Befürworter dieser Praxis meinen, das müsse so sein, weil man dem Volk bei der Ausübung seines Initiativrechts nicht mehr als unbedingt nötig dreinreden dürfe. Diese Usanz hat jedoch den Nachteil, dass damit auch rechtlich zweifelhafte bis hin zu tatsächlich rechtswidrigen Initiativen zugelassen werden können, was dann bedeutet, dass Regierung

und Parlament, welche diese Volksbegehren so umzusetzen hätten, wie sie geschrieben worden sind, dies eigentlich gar nicht können oder dürfen, wenn sie sich an Recht und Gesetz halten wollen, wie sie bei Amtsantritt geschworen haben. In Wirklichkeit ist indessen das Argument, die legere Prüfungspraxis diene dem Volk, vom Ansatz her falsch und beruht auf einem Trugschluss. Diese Praxis dient nämlich vor allem nur den Initianten (und -innen), indem sie ihnen hilft, auch mangelhafte Begehren vor das Volk zu bringen. Nun hat das Volk aber das Recht, dass ihm nur Probleme und Themen zum Entscheid vorgelegt werden, die dem geltenden Recht entsprechen und somit auch umgesetzt werden können. Und die allzu grosszügige Prüfungspraxis des Landrates und wohl auch des Gerichtes bei der Zulassung mangelhafter Initiativen verletzt genau dieses Recht des Volkes ...

 jungfreisinnige
baselland

*„Mir sind wieder do“
16. Juni 2015*

Dienstag, 16. Juni 2015

Türöffnung: 18:00 Uhr
Beginn: 18:30 Uhr

Ort: Autobus AG Liestal

Gäste:

Andrea Caroni
(Nationalrat AR)

Luca Urgese
(Grossrat BS)

Rückblick Wahlen Appenzell Ausserrhoden

FDP gestärkt aus Kantonsratswahlen



26 der 65 Mitglieder der Ausserrhoder Legislative gehören der FDP. Die Liberalen-Fraktion an – dies ist das Ergebnis nach den Gesamterneuerungswahlen vom April. In der Regierung – welche am 8. März neu gewählt wurde – stellt die FDP zwei der fünf Mitglieder.

Reto Pfändler, Präsident FDP Gais

Bei den Regierungswahlen ging es um die Neubesetzung eines freien Sitzes innerhalb des von sieben auf fünf Mitglieder reduzierten Gremiums. Der FDP gelang es nicht, diesen Sitz zu gewinnen, während die beiden bisherigen Regierungsmitglieder Marianne Koller und Paul Signer mit ausgezeichneten Resultaten in ihrem Amt bestätigt wurden.

Deutlich stärkste Fraktion

Zufriedenheit herrscht nach den Kantonsratswahlen. Ein Sitz konnte hinzugewonnen werden, so dass die FDP-Fraktion 26 Mitglieder zählen wird. Zum Vergleich: die zweitstärkste Fraktion, die Parteiunabhängigen, zählt höchstens 15 Sitze. In der Gemeinde Herisau wurden die Kantonsrätinnen und Kantonsräte im Proporzsystem gewählt, in den anderen 19 Gemeinden im Majorzsystem.

Für die Wahlen in National- und Ständerat wurde bereits ein Kandidat nominiert. Nationalrat Andrea Caroni wird als Ständerat um die Nachfolge von Hans Altherr kandidieren. Auch für den Sitz im Nationalrat sind alle Weichen für eine Kandidatur gestellt. Die Nomination wird an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung Ende Mai erfolgen.

Rückblick Wahlen Kanton Luzern

Erfreuliche Erfolge in Luzern

FDP. Die Liberalen Luzern blickt erfreut auf die kantonalen Wahlen vom 29. März 2015 zurück. Regierungsrat Robert Küng wurde mit einem Glanzresultat im ersten Wahlgang wiedergewählt und belegte den zweiten Platz.

Jacqueline Theiler, Geschäftsführerin FDP. Die Liberalen Luzern

Auch bei den Parlamentswahlen verzeichnete die FDP einen Sieg. Sie hat zwei zusätzliche Sitze gewonnen und kommt neu auf 25 Sitze. Das ist ein Zuwachs von 2,17 Prozent und ergibt neu eine Parteistärke von 21,04 Prozent. Damit befindet sich die FDP hinter CVP und SVP auf dem dritten Platz, verzeichnet aber den grössten Zuwachs (vor SVP und SP). Zu den Verlierern gehörten GLP wie Grüne.

Einige Faktoren haben zum Wahlerfolg beigetragen. Vielseitige und motivierte Kandidaten nahmen am Wahlkampf teil und mobilisierten dadurch Wähler. Unzählige Stunden engagierten sie sich mit Herzblut an Veranstaltungen und Standaktionen. Eine frühzeitige Organisation und eine



Die FDP. Die Liberalen Luzern freut sich über das Wahlergebnis.

BILD: RIGI-ANZEIGER, CLAUDIA SUREK

positive Grundeinstellung aller sorgten für einen tollen Teamgeist. Darüber hinaus waren die wirtschaftspolitischen Themen ausschlaggebend. Liberale Rezepte sind gefragter denn je. Die kantonale Fraktion mit ihrer disziplinierten Haltung in der Finanz- und Steuerpolitik sowie die FDP Schweiz mit dem Aufzeigen von liberalen Lösungen für den Standort Schweiz haben ihren Beitrag dazu geleistet. Herzlichen Dank!

Die FDP verzeichnete im Vergleich zu den anderen Parteien ein sehr gutes Ergebnis bei den Listenstimmen. Weniger erfreulich ist die Anzahl Panschieferstimmen. Im Verhältnis zu den anderen Parteien hat die FDP schlechter abgeschnitten. Für die nächsten Wahlen heisst es deshalb: mehr Kandidaten und mehr Disziplin beim Wählen – Wir bleiben dran!